Die vegetarische Weltrettung

geschrieben von Admin | 17. Januar 2017

Den Kabarettisten und Komikern der Nation diente der grüne Ernährungsvorschriftenwahn als willkommene Vorlage, und nach der Wahlpleite bemühten sich die meisten Grünen diesen Bevormundungsversuch in eine aus versehen ins Wahlprogramm gerutschte, nicht ganz ernsthaft gemeinte Überlegung abzutun.
Aber Achtung: Einen Veggie-Day werden sie nicht wieder ins Programm nehmen, doch das Ziel, zumindest die Deutschen in ein Volk von Vegetariern, wenn nicht sogar Veganern, zu erziehen, haben sie nicht aufgegeben. Im Gegenteil: Nach dem Ausstieg aus der Nuklearindustrie stehen für die Grünen und die ihren zuarbeitenden Nichtregierungsorganisation jetzt zwei Kampagnen ganz oben auf der Agenda: Die Entcarbonisierung und die Veganarisierung. Denn der Veggie-Day war keine Entgleisung, sondern eine konsequente Ausscheidung aus den innersten grünen Verdauungsstrukturen. Er war der logische Output des ständigen Input, der da eine neue Welt mit Kohlendioxid-freien Ausscheidungen von neuen Menschen schaffen will.

Das Bundesumweltamt: Eine Behörde knallt durch

Ein Versuch, den Fleischkonsum zu verleiden, nach dem Motto: „Und bist Du nicht willig, so braucht es Gewalt“, startete gleich zu Beginn des Jahres das Bundesumweltamt. Die Chefin dieser Behörde mit 1.500 Aktivisten, Maria Krautzberger, schlug vor, den Mehrwertsteuersatz für Fleisch und Milchprodukte von 7 auf 19 Prozent zu erhöhen. Damit könne die Nachfrage nach tierischen Produkten gesenkt werden. Der Staat könne so mit 5,2 Milliarden Mehreinnahmen rechnen. Maria Krautzberger hat ihr ganzes Berufsleben auf Posten zugebracht, die die SPD zu vergeben hat. Alle weit über dem Durchschnittseinkommen eines Facharbeiters.
Die Reaktionen der beiden zuständigen Minister waren eindeutig ablehnend. Der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt (CSU), sagte: Künstliche Preiserhöhungen würden „weder Tierwelt, Umwelt noch den Verbrauchern helfen“. Und: „Ich will den Bürgern nicht durch Strafsteuern vorschreiben, was auf den Tisch kommt“. Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) wiegelte ab: „Das sind Vorschläge des Umweltbundesamtes, nicht des Bundesumweltministeriums“. Allerdings schränkte sie ihre ablehnende Haltung ein: Grundsätzlich sei es „eine wichtige Aufgabe, das deutsche Finanzsystem auf seine Klimaverträglichkeit zu überprüfen.“
Das erinnert mich an ein Gespräch mit dem angesehenen britischen Journalisten und Naturwissenschaftler Nigel Calder 1998 in London. Er prophezeite: Alle Parteien von Rechts bis Links werden in der westlichen Welt den Treibhausgashype mitmachen. Das ist das erste Mal, dass sie die Steuern erhöhen können, um die Welt zu retten und um dafür auch noch gelobt zu werden. Er behielt Recht. Seither sehe ich in der Kohlendioxid-Debatte vor allem eine Steuerquelle, die mit der Rettung

der Welt legitimiert wird.
Auch der Bauernverband warnte vor einer steuerlichen Verteuerung der Grundnahrungsmittel. Dies hätte einen Einbruch der Nachfrage zufolge, der viele bäuerliche Betriebe in Existenznot bringe. Gerade jetzt, wo die Preise und damit die Deckungssumme für die Kosten wieder etwas angezogen haben. Schließlich ist die deutsche Landwirtschaft auf knapp 10 Milliarden Euro Subventionen aufgebaut, die jetzt schon der Verbraucher mit seinen Steuern aufbringen muss.

Die Missachtung der mittleren und unteren Einkommensschichten

Typisch für den Vorschlag und die Reaktionen: Die Betroffenen, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, kommen in der ganzen Diskussion nicht vor. Für die sehr gut bezahlte Frau Krautzberger gibt es offensichtlich die Millionen Menschen in unserem Lande nicht, die genau auf den Cent achten müssen, damit sie bis zum Monatsende noch genug haben, um sich und ihre Familien ernähren zu können. Da hat Frau Krautzberger recht: Wird das Fleisch teurer, wird es für viele unerschwinglich. Dann gibt es nur noch Nudel, Kartoffel und Brot, die dickmachenden Kohlehydrate. Die Vorstellung, der Fleischkonsum sei zu hoch, weil es so billig sei, kann nur jemand äußern, der nicht rechnen muss.
Vor allem geht es den „Klimarettern“ um unsere Kühe, die soviel Methan furzen. Aber der Anteil am Verzehr von Rindfleisch macht nur 8,3 Prozent am gesamten Fleischverbrauch aus. Das sind sicher nicht die unteren Einkommensschichten, die sich das teure Rindfleisch leisten. Und die gutverdienenden Steakesser werden auch durch eine höhere Mehrwertsteuer ihre Esskultur nicht ändern.
Noch übler ist der Vorschlag, auch Milch und Milchprodukte entsprechend zu verteuern. In der Biographie von Frau Krautzenberger steht nicht, wie viele Kinder sie mit Muttermilch solange aufgezogen hat, bis sie nahtlos auf den selbstgekochten Gemüsebrei umstellen konnte. Denn Kuhmilch ist ab sofort ein giftiges Lebensmittel, weil die Kühe giftiges Methangas furzen, was wiederum den klimabedingten Weltuntergang beschleunigt. Von vielen anderen grünen Klimaaktivisten wissen wir, dass sie den Konflikt Muttermilch und Kuhmilch nicht entscheiden mussten, weil sie nichts mit Säuglingen zu tun hatten: So wie Frau Roth, Frau Künast und Herr Hofreiter.

Die Überheblichkeit der Klimaretter

Der Verein für Unabhängige Gesundheitsberatung e.V. (UGB) meint es sicher gut mit seinen Beratungen, darunter gleich zum Anfang 2017 das Seminar über vegane Vollwertkost. Mag sein, dass sich die Ernährungskundler dieser Organisation auf besonders gesundes Essen spezialisiert haben. Aber so ganz trauen sie ihrer Überzeugungskraft doch nicht, denn einer ihrer Grundsätze heißt: Nachhaltige Ernährung – klimafreundliche Küche. Das ist ganz im Sinne des grünen Dreisatzes der Essenskultur, der da lautet: Klimaschutz – Tierschutz – Gesundheitsschutz. Und deshalb empfiehlt der UGB: „Frische Lebensmittel

vom Wochenmarkt, die schnell verbraucht werden“. Und: „Der Preis sollte nicht vom Kauf abschrecken“.
Welch gnadenlose Überheblichkeit, welch arrogantes Milieu! Ob sich von dieser grünen Bevormundung jemand noch vorstellen kann, wie zum Beispiel eine fünfköpfige Familie sich bei den Preisen vom Wochenmarkt mit frischen Lebensmitteln versorgen will? Alles natürlich Bio! Die Tomaten zu 9,90 Euro pro 100 Gramm. Blumenkohl, Weißkraut, Steckrüben, Linsen und Bohnen – alles mindestens 30 Prozent teurer als im Supermarkt. Veganer sind dann noch auf Paranüsse, Avocados und Passionsfrüchte angewiesen, um ihren Mineralienhaushalt zu bedienen – alles Produkte, die, soweit ich sie kenne, nicht in Niedersachsen wachsen und schon gar nicht auf den Feldern um die Ecke.
Das sind dann Einkaufstipps für die Umweltbundesamt Chefin Maria Krautzberger und grüne Angeordnete, die natürlich nach ihrem Feierabend um 17 Uhr noch auf den Wochenmarkt oder in den Bioladen eilen, um sich mit frischen deutschen Produkten einzudecken, die sie dann natürlich zu Hause gleich artgerecht verarbeiten. Geld genug haben sie ja. Aber haben sie wirklich die Zeit? Sind diese Beschreibungen einer nachhaltigen, klimafreundlichen Küche nicht ideologisch geprägte Vorstellungen eines Wolkenkuckucksheim?

Die neue Angstkampagne: Fleisch ist tödlich

Die Attacken der vegetarischen Gesundheitsapostel auf den Fleischkonsum gehört genauso in die Umerziehungsstrategie wie die Tierschutzkampagnen und Hitzetod-Szenarien. Es gibt weltweit genügend Wissenschaftler, die jedes Ergebnis ihrer Studien präsentieren, solange die Kasse stimmt. Erinnern Sie sich noch: Da war es dem Multi Unilever gelungen, der Menschheit weiszumachen, dass Margarine gesünder sei als eines der ältesten und natürlichsten Lebensmittel der Welt, die Butter. Eine der umfangreichsten Untersuchung über die Auswirkungen vom Fleischkonsum auf die Krankheitshäufigkeit hat das National Cancer Institute in Rockville (Maryland) gemacht. Die Daten von 500.000 Personen wurden über Jahre gesammelt und gewichtet. Das Ergebnis: Männer, die jeden Tag 250 Gramm rotes Fleisch essen, haben zwischen ihrem 50 und 71 Lebensjahr ein 22 Prozent höheres Risiko, an Krebs und ein 27 Prozent höheres Risiko, an Herz-Kreislaufstörungen zu erkranken. Seither suche ich nach einem Mann, der jeden Tag 250 Gramm rotes Fleisch vertilgt und nicht zusätzlich an psychischen Störungen leidet.
Fünf Tage nach der absurden Mehrwertsteuernummer des Bundesumweltamtes legte dann Greenpeace seinen Umerziehungsvorschlag vor. Bis 2050 müssten sich drei Viertel der Bevölkerung relativ fleischarm ernähren. Rund ein Viertel müsste sich demnach sogar in Vegetarier und noch besser in Veganer verwandeln. So sieht Greenpeace im Fleischverzicht die Lösung der Umweltprobleme. Entworfen hat dieses Szenario im Auftrag von Greenpeace das Frankfurter Forschungsinstitut für biologischen Landbau. Die Studie soll auch als Grundlage für das Programm der Grünen im Bundestagswahlkampf mit Zahlen für die Agrar- und Ernährungswende dienen. Da ist er wieder, der Veggie-Day, nur dieses Mal raffinierter, aber umso massiver in seinem Umerziehungsanspruch.

Zurück ins Feudalzeitalter

Angenommen, unser Staat ist so verrückt und schlägt diese Richtung ein – unter Kanzlerin Merkel kann ich mir das sogar vorstellen –, dann sind wir fast wieder im Mittelalter angekommen. Damals war es nur dem Adel erlaubt, Waffen zu tragen und zu jagen, was gleichbedeutend mit dem Zugang zum hochwertigen Nahrungsmittel Fleisch bedeutete. Nutztiere waren viel zu wertvoll, um geschlachtet zu werden, damit es Fleisch zum Essen gab. Die Bauern waren auf Hirse und andere oft närstoffarme Getreide angewiesen, was zur Folge hatte, dass der Adel in der Regel deutlich größer gewachsen war, als die Masse ihrer Untertanen. Im Volksmund haben sich die Balladen der Wilderer gehalten, die als Helden gefeiert wurden, weil sie dem Adel das alleinige Recht auf Fleisch streitig machten.
Übrigens wirkt diese Diskriminierung des „gemeinen Volkes“ heute noch nach. Schon das zweite Amendment, der Zusatzerklärung zur amerikanischen Verfassung von 1791 postuliert, dass jeder Bürger der USA das Recht hat, eine Waffe zu tragen – also zu jagen und sich mit Fleisch zu versorgen. So wurde aus europäischer Unterdrückungstradition ein Freiheitsgebot in den USA, dessen Hintergrund bei der heutigen Waffengewalt kaum jemand wahrnimmt.
Wird diese Mischung aus Klimaschutz, Tierschutz und Gesundheitshype tatsächlich umgesetzt, so wird vor allem das hochwertige Rindfleisch den oberen Einkommensschichten vorbehalten. Niemand, der genug verdient, muss auf sein Steak verzichten und wer ein gesichertes Beamten- und Pensionseinkommen erhält, muss auch nicht befürchten, dass er sich sein Schweineschnitzel nicht mehr leisten kann. Auch die Migranten aus islamischen Ländern werden Schafsfleisch weiterhin verzehren. Abgehängt aber werden die unteren Bevölkerungsschichten.
Lieber Herr Gabriel – da ich kein Genosse bin, muss ich beim „Sie“ als Anrede bleiben –, Sie suchen nach Wählern? Sie wollen einen Wahlkampf, in dem soziale Gerechtigkeit eine Rolle spielt? Es sind die grünen Sozialdemokraten, die den „kleinen Mann“ bevormunden, die das Klientel der Grünen und der Merkelanhänger bedienen, die Ihnen davonlaufen. Gerne rechne ich Ihnen einmal vor, wie viel einem Rentner mit 1.000 Euro im Monat für die Energiewende und, wenn die Vorschläge des Bundesumweltamtes umgesetzt würden, für die Rettung der Welt bezahlen muss und wer die Nutznießer dieser grünen Umverteilungspolitik von unten nach oben sind.
All diese Umerziehungsversuche wären schon im Ansatz zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht mit dem alles in den Schatten stellenden Argument gerechtfertigt würden, dass es um nicht weniger geht als die Rettung der Welt vor dem Hitzetod. Wer wollte schon dafür die Verantwortung übernehmen. Der Kampf gegen die Treibhausgase wurde schließlich in internationalen Verträgen unter kräftiger Mithilfe Deutschlands festgeschrieben. Daraus hat unsere Regierung einen Plan entwickelt, wie das nationale Ziel der Treibhausverringerung erreicht werden soll – natürlich weit über die im sogenannten Pariser Abkommen festgelegten Vorgaben. Diese erlauben jeden Eingriff in unser tägliches

Leben, zwingen uns praktisch in eine Planwirtschaft Orwellschen Ausmaßes. Wobei, ganz nebenbei bemerkt, sich am Weltklima nichts ändern würde, selbst wenn Deutschland samt seiner Treibhausgasmengen vom Erdball verschwinden würde.

Der Bundestag: Die große Ahnungslosigkeit

Video nicht mehr verfügbar
Ted Cruz, US-Senator aus Texas und missionarischer Christ, gehört sicher nicht zu meinen Politiker-Favoriten. Aber er hat in einer Anhörung im US-Senat den Präsidenten des Sierra-Clubs, Agram Mair, der mit knapp drei Millionen Mitglieder ältesten und größten Umweltschutzorganisation der Welt, gefragt, wie er erklären kann, dass die Satellitendaten keinerlei Anzeichen einer signifikanten Erderwärmung zeigen. Agram Mair beantwortete die ausführliche Befragung immer nur mit einem Satz: 97 Prozent aller Wissenschaftler auf der Welt sind sich einig, dass der Mensch an der Erderwärmung schuld ist. Es war eine peinliche Veranstaltung, die hier auf der Achse des Guten veröffentlicht wurde. Ted Cruz zeigte sich gut informiert, legte schonungslos die Phrasen von Agram Mair offen, und es wurde deutlich: Die Computersimulationen, auf denen die ganze Klimapolitik der Bundesregierung und des Konferenzzirkus des IPCC- des UN-Weltklimarates beruhen, sind mehr als fragwürdig.
Aber wir haben nicht einen Bundestagsabgeordneten, dem ich zutraue, eine solche Befragung mit solch profunden Sachkenntnissen wie sie Ted Cruz vorweisen konnte, zum Beispiel mit Greenpeace oder dem Bundesumweltamt machen zu können oder zu wollen. In unserem Parlament ist nicht eine Partei vertreten, die die Klimapolitik hinterfragt. Sie alle lassen sich in die unsoziale Planwirtschaft der Grünen, und der Kanzlerin Merkel treiben. Das Ergebnis ist dann, dass solch hanebüchene Vorschläge einer Bundesbehörde, wie die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel ohne personelle Konsequenzen für die Betroffenen hingenommen werden.
Der Beitrag erschien zuerst auf ACHGUT